



NEWSLETTER MÄRZ 2021
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Foto: Henning Schmitt

Liebe Leserin, lieber Leser,

viele von uns warten auf den 1. März. Sie freuen sich, dann wieder zum Friseur oder in den Baumarkt gehen können. Es wird noch mehr versprochen: Ab 1. März sollen Selbsttests verfügbar sein, kündigte Gesundheitsminister Spahn an. Dann ruderte er zurück - jetzt heißt es, in den nächsten Tagen seien Selbsttests in den Geschäften erhältlich. Ein Hin und Her, das zum Verzweifeln ist. Zurecht wird Spahn mittlerweile nicht nur in der Politik, sondern auch von den Medien als Ankündigungsminister bezeichnet.

Gleichzeitig sehen wir, dass trotz Impfstoffmangel Tausende Dosen nutzlos umher liegen. Wir sind in Deutschland immer so stolz auf unsere Organisation. Hier funktioniert sie leider nicht. Bei einer Mangelware wie dem Corona-Impfstoff ist es sinnvoll zu priorisieren. Ich finde allerdings, dass es jetzt an der Zeit ist, so schnell wie möglich alle in der EU zugelassenen Impfstoffe zu verimpfen. Es ist schwierig zu definieren, wer wichtiger ist: sind es die Lehrer*innen, die Polizist*innen oder sind es die an der Kasse im Supermarkt oder die in der Kita Beschäftigten? Es geht um Menschen und da ist nicht ein Leben mehr wert als ein anderes, aber die Risiken und die Außenwirkung des Schutzes unterscheiden sich. Priorisierungen sind sinnvoll, müssen aber durchlässiger werden.

„In der Krise zeigt sich der Charakter“, sagte Helmut Schmidt. Wir können heute festhalten, dass die SPD Charakter beweist und unser Land regieren kann. Wir haben das richtige Programm und wir haben die richtigen Personen. Wenn wir jetzt noch gemeinsam marschieren, dann zieht mit uns die neue Zeit.

Ih



S. 2: Klartext

Das Lieferkettengesetz kommt!



»Der **Sozialstaat** hat uns durch diese Krise gebracht, und ich bin **strikt dagegen**, dass wir ihn **nach der Krise zusammenkürzen**.«

Olaf Scholz

S. 3: Sozialschutzpaket III

Wir stärken den Sozialstaat



Telefon-Sprechstunde

Mo, 01.03., 9-10 Uhr

Einfach anrufen: 09351 6036563

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

3 | 2021

Foto: Henning Schacht

KLARTEXT

LIEFERKETTENGESETZ

Seien es die Handys, mit denen wir uns privat austauschen und arbeiten, die Kleidung, die wir tragen, der Kaffee, den wir trinken – all das wird oft unter schlimmsten Menschenrechtsverletzungen hergestellt. Weltweit sind 152 Millionen Kinder in Kinderarbeit und 25 Millionen Menschen in Zwangsarbeit.

2011 haben die Vereinten Nationen (VN) Leitprinzipien für die Vereinbarkeit von Wirtschaft und Menschenrechten erstellt. 2015 hat die G7 unter deutscher Präsidentschaft das Thema erstmals auf die Agenda gesetzt. 2016 hat die Bundesregierung den nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte erstellt. 2017 verabschiedete Frankreich das Lieferkettengesetz. 2020 kündigte die EU-Kommission für dieses Jahr an, dass die EU Mitgliedsstaaten verbindliche Regelungen schaffen sollen. Zehn Jahre sind seit dem VN-Beschluss vergangen - zehn weitere Jahre Kinder- und Zwangsarbeit. Freiwillig funktioniert hier gar nichts: In Deutschland lag die freiwillige Beteiligung am nationalen Aktionsplan zwischen 13 und 17%. D.h., dass sich nicht mal jedes fünfte Unternehmen seiner Verantwortung bewusst ist.

Deshalb schaffen wir jetzt ein nationales Lieferkettengesetz, das auch eine steile Vorlage für ein europäisches Lieferkettengesetz ist. Menschenrechtsorganisationen bescheinigen uns, dass wir mit diesem Gesetz einen Meilenstein setzen.

Wäre es nach der SPD gegangen, hätte dieses Gesetz schon in der letzten Legislaturperiode und auch noch viel umfangreicher beschlossen werden können. Die Union, hauptsächlich ihre Wirtschaftsleute, fürchten dieses Gesetz allerdings wie der Teufel das Weihwasser. Übersetzt heißt das: Macht weiterhin Geschäfte

auf Kosten von Menschenleben. Das will ich hier ganz deutlich sagen.

In einem ersten Schritt werden wir ab 2023 Unternehmen ab 3000 Mitarbeiter und ein Jahr später alle Unternehmen ab 1000 Mitarbeiter verpflichten, dass sie genau hinschauen und Verantwortung übernehmen. Die SPD wollte dies ab einer Unternehmensgröße von 500 Mitarbeitern einführen, bei der Union dachte man über eine Unternehmensgröße von 10.000 Beschäftigten nach.

Wir werden die nächsten Wochen mit unserem Koalitionspartner noch sehr viel Arbeit haben, stundenlang Verhandlungen führen und um jeden einzelnen Punkt feilschen müssen, damit wir das Vorhaben noch vor der Sommerpause und vor den Bundestagswahlen umsetzen können. Zukünftig werden Gewerkschaften und NGOs die Möglichkeit bekommen, Betroffene vor Gericht zu vertreten. Wir richten eine staatliche Kontrollbehörde ein, die Sorgfaltspflichtverletzungen nachgeht und Bußgelder verhängen kann. Zwangsgelder fließen in einen Fonds zur Stärkung menschenrechtlicher Sorgfalt in der globalen Wirtschaft.

Ich sage nicht, dass mit diesem Gesetz alle Probleme gelöst sind. Das wäre zwar schön, aber vermessen. Ich sage aber deutlich: Das Gesetz wird Zähne haben. Wir werden eine effektive Durchsetzung und starke Kontrollen gewährleisten. Die Verantwortung darf nicht am Werkstor oder an der deutschen Staatsgrenze enden. Schade, dass wir darüber reden und verhandeln müssen. Es ist doch eigentlich selbstverständlich, dass man andere so behandelt, wie man selbst behandelt werden will.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

3 | 2021

Foto: Henning Schwecht

SOZIALER SCHUTZ IN DER PANDEMIE UND DARÜBER HINAUS

Der Sozialstaat ist in der Corona-Pandemie gefordert wie nie - aber er hält der Belastungsprobe stand. Und wo es notwendig ist, legen wir nach. In meiner Rede zum zweiten Sozialschutzpaket habe ich im letzten Jahr schon angekündigt: Wenn es nicht reicht, machen wir auch ein drittes Sozialschutzpaket. Diesen Freitag ist es soweit: Wir beschließen im Bundestag eine Verlängerung zahlreicher Maßnahmen und führen weitere Hilfen ein.

Das wird im Sozialschutzpaket III geregelt:

- >> Einführung einer coronabedingten Sonderzahlung von 150 Euro in der Grundsicherung
- >> Verlängerung der Sonderregelungen zu den Bedarfen für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schulen und Werkstätten für behinderte Menschen bis zum 31. Dezember 2021
- >> Verlängerung des Sicherstellungsauftrags für soziale Dienstleister in der Pandemie: Soziale Einrichtungen und Dienste erhalten Zuschüsse für zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Krise
- >> Absicherung der Versicherten in der Künstlersozialversicherung: Auch bei Unterschreiten des sonst erforderlichen Jahreseinkommens entstehen keine negativen Auswirkungen auf den Versicherungsschutz
- >> Verlängerung des vereinfachten Zugangs zur Grundsicherung bis Ende 2021. Damit wird bei Zugang in die Grundsicherung befristet weiter das Vermögen nicht berücksichtigt und die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung anerkannt

Gerade der letzte Punkt hilft vielen Menschen in der Krise. Die Grundsicherung wird damit zugänglicher und unkomplizierter. Die Menschen müssen keine Angst haben, dass das Haus oder die Wohnung zu groß sind oder sie zuerst ihr Ersparnis aufbrauchen müssen. Die

Erfahrungen mit dieser Vereinfachung aus der Pandemie sind gut. Deshalb bin ich dafür, dass wir diese Regelung beibehalten – ganz unabhängig von Corona. Damit schafft die Grundsicherung mehr Sicherheit und neues Vertrauen.

Unser Arbeitsminister Hubertus Heil hat einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, dass in den ersten zwei Jahren des Bezugs von Grundsicherung nicht erhebliches Vermögen und die Wohnung künftig nicht mehr überprüft werden. Ersparnis sollte nur dann einberechnet werden, wenn es eine Grenze von 60.000 Euro übersteigt (+ 30.000 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied).

Wenn jemand vorübergehend Grundsicherung erhält, sollte er nicht das Vermögen aufgebrauchen müssen, das sie oder er sich erarbeitet hat, um für die Zukunft vorzusorgen.

Das schafft mehr Bürgerfreundlichkeit, Rechtssicherheit und weniger Bürokratie und sorgt so für mehr Vertrauen in unseren Sozialstaat. Ich setze mich dafür ein, das noch vor der Wahl mit unserem Koalitionspartner umzusetzen.

Wir stärken den **Sozialstaat** – weil es in der Krise auf **Solidarität** ankommt.

Neu:

- 150 Euro Corona-Zuschlag, Laptops für Schüler:innen und kostenfreie FFP2-Masken für Menschen in Grundsicherung
- 150 Euro Kinderbonus (anrechnungsfrei)

Verlängert bis 2021:

- vereinfachter Zugang zur Grundsicherung
- vereinfachte Vermögensprüfung bei Kinderzuschlag
- kein Mindesteinkommen für Künstlersozialkasse
- Hilfen für Soziale Dienste & Einrichtungen

SPD
Fraktion im
Bundestag

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

3 | 2021



Foto: Henning Schacht

NEUERUNGEN BEIM ELTERNGELD

Wir machen das Elterngeld in der Corona-Krise partnerschaftlicher, flexibler und einfacher, damit Lohn- und Care-Arbeit gerechter aufgeteilt werden können.

Der Stundenkorridor beim Partnerschaftsbonus wird ausgeweitet: auf 24 bis 32 Stunden. So können Eltern leichter wählen, ob sie drei oder vier Tage arbeiten.

Das Elterngeld bleibt krisenfest: Der Partnerschaftsbonus muss nicht zurückgezahlt werden und entfällt auch nicht, wenn Eltern wegen Corona mehr oder weniger arbeiten als geplant.

Für Eltern von Frühgeborenen gibt es Sonderregelungen.

150 EURO KINDERBONUS

Der Kinderbonus hat Familien im vergangenen Jahr geholfen. Woher wir das wissen? Die Hans-Böckler-Stiftung hat im November 2020 — zwei Monate nach seiner Einführung - mehr als 6.000 Personen dazu befragt. Die Stiftung wollte von den Menschen wissen: Was haben sie mit dem Kinderbonus gemacht? Das Ergebnis: Die Befragten gaben an, 65 Prozent des Bonus ausgegeben zu haben oder zeitnah ausgeben zu wollen. Die übrigen knapp 35 Prozent des Bonus wollten sie zum Sparen verwenden oder damit Schulden tilgen.

Dass ein so großer Anteil ausgegeben wurde, ist gut. Die Familien brauchen das Geld. Kurzarbeit oder Jobverlust der Eltern, fürs Homeschooling benötigte Laptops oder Tablets für die Kinder — das hat viele Familien finanziell

unter Druck gesetzt. Hier hilft der Kinderbonus und hat gleichzeitig die Konjunktur angekurbelt. Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass der Bonus bei denen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, genau zur richtigen Zeit kam: Die Befragten mit einem Nettoeinkommen unter 1.500 Euro gaben an, sogar 82 Prozent des Bonus bis November ausgegeben zu haben oder ihn zeitnah in Zukunft ausgeben zu wollen.

Für uns bedeutet das: Was 2020 geholfen hat, hilft auch 2021. Deshalb haben wir im Koalitionsausschuss beschlossen: Der Kinderbonus muss auch in diesem Jahr kommen! 150 Euro sollen pro Kind ausbezahlt werden.

Was hat der Kinderbonus 2020 gebracht?



Gut für die Konjunktur:

Verwendung des Kinderbonus im Ø
(Stand November 2020)

65,3%
Ausgeben

34,7%
Sparen /
Schulden tilgen



Quelle: Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.

Und er kommt da an, wo er gebraucht wird:

Verwendung des Kinderbonus bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen **bis 1.500 Euro**
(Stand November 2020)



82%
Ausgeben

18%
Sparen /
Schulden tilgen

Quelle: Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.

Der Kinderbonus hilft Familien.

Deshalb gibt's ihn jetzt nochmal.

SPD
Fraktion im
Bundestag



Bilder: Shutterstock / GoodStudio, Macrovector

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

3 | 2021

Foto: Henning Schacht

REDE IM BUNDESTAG: WESTBALKANREGELUNG



Ohne die Arbeitskräfte aus den Ländern des Westbalkans hätten viele Branchen große Probleme. Deshalb gilt: Wer aus den Staaten des Westbalkans kommt und ein Arbeitsplatzangebot von einem Arbeitgeber in Deutschland hat, erhält eine Arbeitserlaubnis, wenn er oder sie in den letzten 24 Monaten vor Antragstellung keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen hat. Die Bundesagentur für Arbeit prüft, ob inländische oder EU-Arbeitskräfte für diesen Arbeitsplatz zur Verfügung stehen. Falls nicht, steht einer Arbeitsaufnahme in Deutschland nichts mehr im Weg. Die Anzahl der Zustimmungen ist für erstmalige Antragstellungen auf bis zu 25.000 je Kalenderjahr begrenzt. In meiner Rede gehe ich auch auf die unsachliche Stimmungsmache vom rechten Rand des Parlaments ein. Mit dem Klick auf das Foto kann man diese anschauen.

REDE IM BUNDESTAG: GRUNDSICHERUNG & SOZIALSTAAT



In meiner Plenarrede am 11. Februar habe ich für einen Sozialstaat auf Augenhöhe geworben. Das gilt auch für die Grundsicherung: Sie ist kein Almosen. Die SPD möchte die Vereinfachungen, die wir bei der Grundsicherung in der Pandemie durchgesetzt haben, dauerhaft festschreiben. Wir wollen, dass grundsätzlich nur noch große Vermögen überprüft und die tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung anerkannt werden.

Tagesaktuell informiert:

www.bernd-ruetzel.de

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

„DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRATEN“

Das ist eines der berühmtesten Zitate von Friedrich Ebert, dessen Geburtstag sich am 4. Februar zum 150. Mal jährte. Es hat nie an Aktualität verloren und gilt noch heute. Gemeinsam müssen wir unsere Demokratie schützen und unterstützen – jede und jeder einzelne von uns ist gefragt. Ich habe ein kurzes Video zum 150. Geburtstag von Friedrich Ebert aufgenommen. Mit Klick auf das Foto kann man das Video anschauen.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

3 | 2021



Foto: Henning Schlicht

RECHTSSICHERHEIT FÜR NOTFALLSANITÄTER*INNEN

Notfallsanitäter*innen sind gut ausgebildet und in akuten Notfällen oft als erste vor Ort. Bislang durften sie ihr lebensrettendes Wissen dennoch nur auf Anweisung einer Notärztin/eines Notarztes einsetzen. Das ist realitätsfern und hat große Unsicherheit mit sich gebracht. Schon beim Beschluss des Notfallsanitätergesetzes hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Klarstellung gefordert, die damals aber von CDU/CSU und FDP abgelehnt wurde. Jetzt ist es endlich gelungen, eine Einigung zu finden und Rechtssicherheit zu schaffen. [Hier](#) geht es zu meiner ausführlichen Pressemitteilung.

FÖRDERUNG VON MEHRGENERATIONENHÄUSERN

Die Förderung für die rund 530 Mehrgenerationenhäuser (MGH) in Deutschland wird um weitere acht Jahre verlängert. Mit Familienministerin Franziska Giffey (SPD) und mit dem MGH in Binsfeld stand ich dazu in ständigem Austausch. Ich habe an der Entscheidung nie gezweifelt, da sich Franziska Giffey schon immer für den

Danke an Bundesfamilienministerin Franziska Giffey!

530 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland werden um acht weitere Jahre gefördert.

Der erhöhte Förderbedarf ist angemeldet.



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Zusammenhalt vor Ort einsetzt. Bereits 2020 und 2021 waren die Programmmittel auf 22,95 Millionen Euro angehoben worden. Pro MGH und Jahr zahlt der Bund 40.000 Euro. Der gleiche Bedarf ist auch für den Etat 2022 vorgesehen. Die Länder haben nun die Möglichkeit und sind aufgefordert nochmals 10.000 Euro pro MGH draufzulegen.

SPD-ERFOLG: DIGITALPAKT SCHULE



Wir haben in dieser Legislaturperiode mit den Bundesländern einen Digitalpakt für moderne Schulen geschlossen. 6,5 Milliarden Euro fließen vom Bund an die Länder, die damit in Schulserver, elektronische Tafeln, Tablets und Laptops investieren sollen. Unser Ziel: Alle Schüler*innen sollen mit digitaler Technik lernen können. Dies vor Ort umzusetzen ist Aufgabe der Bundesländer.

Die Bilanz der SPD-Bundestagsfraktion von 2017 bis Ende 2020 gibt es [hier](#). Durchblättern lohnt sich!



FINANZIERUNG VON TIERHEIMEN

Die Finanzierung von Tierheimen steht immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit und der Politik. Die SPD kämpft für eine bessere finanzielle Ausstattung – in Bayern und im Bund. Der Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr hat sich gelohnt: Im Haushalt 2021 von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) wurden zur Unterstützung der Tierheime und Tierschutzhäuser zusätzlich 5 Millionen Euro bereitgestellt. Die eigentlich zuständige Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hatte dies für ihr Ministerium abgelehnt. Jetzt hat auch die Mainpost mein Thema aufgegriffen. [Hier](#) geht es zum Artikel.

RED HAND DAY



Seit fast 20 Jahren engagieren sich Menschen in aller Welt am 12. Februar mit der Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in Kriegen. Vor genau zwei Jahren war ich am Friedrich-List-Gymnasium Gemünden (siehe Bild), um mit den Schülerinnen und Schülern darüber zu sprechen und ein Zeichen zu setzen. Unser Fazit damals, das heute noch genauso gilt: „Kinder gehören in die Schule, nicht in den Krieg.“

HEILIG-BLUT-BILD RESTAURIERT

Das Heilig-Blut-Bild ist wieder zurück in der kleinen Kapelle zwischen Schaippach und Rieneck. Restaurator Christoph Schädel aus Randersacker hat hervorragende Arbeit geleistet.

Ich freue mich, dass mein Einsatz und der vieler weiterer Helfer*innen erfolgreich war und dieser schöne Ort wieder komplett ist. Jetzt muss nur noch der Platz rund um die Heiligblut-Kapelle entsprechend hergerichtet werden. Ein ausführlicher Bericht ist in der Mainpost zu lesen (einfach auf das Foto klicken).



„SCHULE MACHT STARK!“ IN KARLSTADT

Eine klasse Nachricht: Die Mittelschule in Karlstadt ist eine von bundesweit 200 Schulen, die am Pilotprojekt „Schule macht stark“ mitmachen. Für das Bund-Länder-Programm stehen insgesamt 125 Millionen Euro zur Verfügung, damit Wissenschaft und Schulen gemeinsam an Strategien und Konzepten für Schulen in sozial schwierigen Lagen arbeiten können. Es wurde auf SPD-Initiative hin aufgelegt. Ziel ist es, die Bildungschancen von sozial benachteiligten Schüler*innen zu verbessern. In der Corona-Pandemie haben es gerade die besonders schwer, die ohnehin erschwerte Startbedingungen haben. Es passt gut, dass „Schule macht stark“ gerade jetzt startet. Mehr Infos gibt es [hier](#).



BETRIEBSRÄTE-STAMMTISCHE IM PRESSE-FOKUS



Die regelmäßige Runde mit Betriebsräte liegt mir sehr am Herzen und ist wichtig für meine Arbeit im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales. Zuletzt ging es neben den Plänen der SPD, die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern, um einen Sozialplan für entlassene Beschäftigte und das Recht auf Rückkehr aus dem Homeoffice. Interessierte Betriebsrätinnen und Betriebsräte aus der Region, die künftig an diesem Stammtisch teilnehmen wollen, können sich gerne in meinem Gemündener Büro melden.

Samstagsbrief in der Mainpost

Jürgen Haug-Peichl von der Mainpost hat mir einen öffentlichen Samstagsbrief zu meinem Engagement für Betriebsräte geschrieben und dieses gewürdigt. Es freut mich, dass dieses wichtige Thema in der Presse so prominent aufgegriffen wird. Ich hoffe aber auch, dass der Brief den Arbeitnehmer*innen Mut macht, noch mehr für ihre eigenen Interessen einzutreten. All die Errungenschaften der letzten 100 Jahre sind nicht vom Himmel gefallen. Sie wurden erkämpft, erstreikt und zäh verhandelt. Wir als SPD stehen an der Seite der Arbeitnehmenden. Darüber berichte ich hier im Newsletter

immer wieder. Ob Mindestlohn, die Regulierungen in der Fleischindustrie, das Paketboten-Gesetz, die Arbeitnehmerentsendung, die Arbeitnehmerüberlassung und vieles andere - ohne die SPD würde es all das nicht geben. Für die nächsten Wochen stehen noch das Betriebsrätestärkungsgesetz, das Lieferkettengesetz, das Mobile-Arbeit-Gesetz und das Gesetz zur Plattformökonomie auf der Tagesordnung. Den Samstagsbrief an mich kann man [hier](#) lesen, meine Antwort darauf [hier](#).

BEZIRKSPARTEITAG ZUR BUNDESTAGSWAHL

Am Sonntag, den 21. Februar 2021, hat der Parteitag der UnterfrankenSPD meine Kollegin Sabine Dittmar und mich jeweils auf Platz 1 der unterfränkischen Kandidat*innen-Liste für die Bundestagswahl gewählt. Die Reihung der bayerischen Kandidat*innen findet am 13. März 2021 auf Basis dieser Reihungen in den Bezirken statt. Ich bedanke mich sehr für das Vertrauen!



Hier unser unterfränkisches Team für die Bundestagswahl am 26. September 2021:

Frauen:

1. [Sabine Dittmar](#) (Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld)
2. [Freya Altenhöner](#) (Würzburg)

Männer:

1. [Bernd Rützel](#) (Main-Spessart/Miltenberg)
2. [Markus Hümpfer](#) (Schweinfurt/Kitzingen)
3. [Tobias Wüst](#) (Aschaffenburg)



ONLINE-VERANSTALTUNGEN IM FEBRUAR

Auf meiner Homepage finden Sie [eine Liste meiner bisherigen Online-Veranstaltungen](#). So sehen Sie auf einen Blick, was war und können die Veranstaltungen (noch einmal) anschauen. Im Februar waren es diese Termine:

18.02.: Tourismus und Corona

Corona trifft die Tourismusbranche besonders hart. Über Chancen, Risiken und Hilfsmaßnahmen habe ich auf Einladung meines Bundestagskollegen Dirk Wiese mit Vertreterinnen und Vertretern der Branche online im Format „SPD-Fraktion im Dialog“ diskutiert.

17.02.: Politischer Aschermittwoch der SPD MSP

Beim Politischen Aschermittwoch der SPD Main-Spessart ging es um die Bildungspolitik in Bayern. Mit der bildungspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Simone Strohmayer, haben Pamela Nembach, Sven Gottschalk und ich die aktuelle Situation analysiert und Lösungsmöglichkeiten besprochen.

16.02. & 19.02.: Betriebsräte stärken!

Mit dem Betriebsrätetärkungsgesetz will die SPD-

Fraktion zusammen mit Arbeitsminister Hubertus Heil Betriebsräte schützen und stärken. Das war diesen Monat gleich zweimal Thema: in den Gesprächen mit der ver.di-Sekretärin und stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Marietta Eder (Schweinfurt) und mit meiner Kollegin Anette Kramme, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales.

23.02.: Verbraucherschutz im ländlichen Raum

Im Gespräch mit meiner Kollegin Rita Hagl-Kehl, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, ging es darum, wie man gerade im ländlichen Raum die Verbraucher stärken kann.

08.02.: Coronapolitik in Bayern

Mit dem Vorsitzenden unserer SPD-Landtagsfraktion, Horst Arnold, habe ich über die Corona-Maßnahmen im Freistaat diskutiert.

02.02.: Familienpolitik

Auf Instagram sprach ich mit meiner Bundestagskollegin Ulrike Bahr über aktuelle Initiativen und über das, was wir bislang bereits für Familien erreicht haben.

Wie krank ist unser Wald?

Herausforderungen - Lösungen - Chancen



Carsten Träger



Bernd Rützel

Mo, 8.3., 17:00 Uhr

Live-Diskussion auf Instagram mit den SPD-Bundestagsabgeordneten Carsten Träger, umweltpolitischer Sprecher, und Bernd Rützel



Für Menschenrechte in der Wirtschaft

Das Lieferkettengesetz kommt



Markus Rinderspacher



Bernd Rützel

Mo, 1.3., 18:00 Uhr

Live-Diskussion auf facebook mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Markus Rinderspacher und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

3 | 2021

Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das Corona-Jahr 2020 — es war ein schlimmes Jahr für den Tourismus: Bayernweit hat sich die Gästezahl halbiert, die Übernachtungen sind um 41% zurückgegangen. Weiterhin ist unklar, wann Gastronomie, Hotellerie und Reisebüros wieder öffnen können. Die Besorgnis wächst auch bei unseren Betrieben hier in der Region. Derzeit geht vielen kleineren Betrieben die Luft, Rücklagen sind meist längst aufgebraucht. Wenn unsere Traditionsgasthäuser, Weinstuben und Brauereigasthöfe, die familiären Pensionen und die mit Herzblut geführten Hotels für immer zumachen müssten – dieser Verlust wäre kaum vorstellbar.

Wir Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion fordern daher mehr Engagement von der Staatsregierung, um den touristischen Akteuren rasch und wirksam zu helfen und eine drohende Pleitewelle abzuwenden. Denn es ist unverständlich, warum sich die Staatsregierung nicht stärker für die Tourismusbranche einsetzt. Immerhin ist sie eine der wichtigsten Wirtschaftszweige Bayerns. Dringend nötig sind langfristig angelegte, bayerische Hilfsprogramme, die auf die speziellen Bedürfnisse der hiesigen Tourismuswirtschaft zugeschnitten sind – etwa für Anbieter von Ferien auf dem Bauernhof oder Brauereigaststätten. Denn sie fallen bei den Bundeshilfen vielfach durchs Hilfsprogramm-Raster.

Ganz essenziell sind konkrete Öffnungskonzepte, ein weiteres Hin und Her verkraftet die Branche nicht. Wenn der Wirtschaftsminister nun den März als mögli-

ches Datum für eine Öffnung der Außengastronomie ins Spiel bringt, ist das zwar begrüßenswert, aber zu unverbindlich. Die touristischen Akteure brauchen zeitnah einen wirklich verlässlichen Planungsrahmen, wann sie wieder hochfahren können – etwa in Abhängigkeit von den Infektionszahlen. Hoteliers und Gastronomen brauchen Vorlauf, müssen Waren einkaufen und ihr Personal zurückholen. Und auch Reisende wollen rechtzeitig wissen, wann der nächste Urlaub möglich ist.



Aktuelle Studien zeigen: Wandern, Radeln, Erholung in der Natur, Erlebnisse in kleinen Städten – diese Trends werden auch die Saison 2021 bestimmen. Und wie bereits 2020 setzen viele auf Urlaub im eigenen Land. Gerade unsere Region bietet all das, wonach die Menschen sich nun sehnen: Wir haben wunderschöne Landschaften zwischen Main und Spessart, ein hervorragendes Rad- und Wanderwege-Netz, erstklassige Mountainbike-Trails und eine einzigartige E-Bike-Infrastruktur, tolle Ferienbauernhöfe für Familien, zünftige Häckerwirtschaften, lauschige Biergärten und erstklassige Gasthäuser. Mit dem Neustart des Tourismus haben wir eine hervorragende Gelegenheit, neue Zielgruppen zu gewinnen – und fürs Wiederkommen zu überzeugen.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlnr.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

3 | 2021

Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land
Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

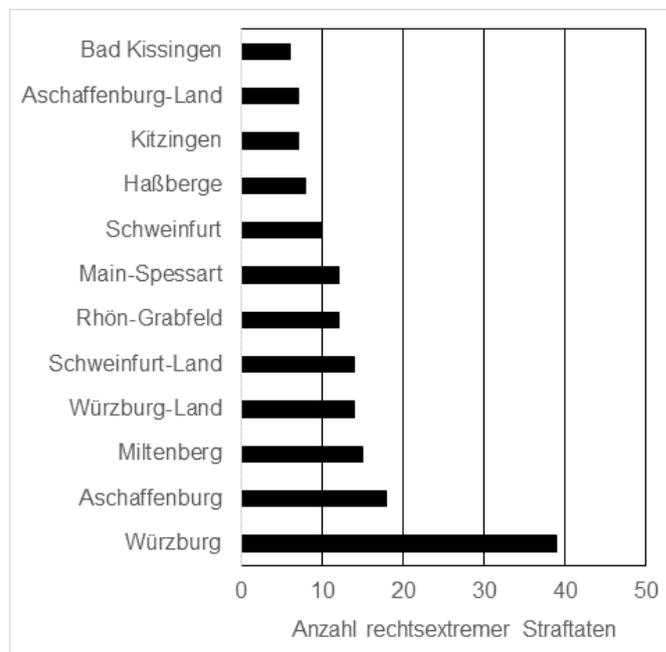
RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS DIE ROTE KARTE ZEIGEN!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben deutschlandweit ein anhaltendes Problem mit rechtsextremen Straftaten und Gewaltdelikten. Leider trifft das auch auf Unterfranken zu. Eine Anfrage an die Staatsregierung bezüglich rechtsextremistischer Straftaten 2020 legte mit 2305 Fällen eine deutlich steigende Gesamtzahl in Bayern offen. In Unterfranken wurden 162 rechtsextremistische Straftaten registriert, darunter Propagandadelikte, Volksverhetzung, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Bedrohung. Im Vergleich zum Vorjahr stagnieren die Zahlen auf einem hohen Niveau. Die Gesamtzahl der rechtsextremen Straftaten ist leider auch in Unterfranken immer noch zu hoch. Die Straftaten sind größtenteils ähnlich über den ganzen Regierungsbezirk verteilt.

Rechtsextremistisches Gedankengut ist also nicht nur ein Problem von einigen Städten, sondern muss in ganz Unterfranken angegangen werden. In ganz Bayern gibt es nach Angaben des Innenministeriums 2.360 Personen, die dem Rechtsextremismus zugeordnet werden, fast die Hälfte von ihnen gewaltorientiert.

Wir müssen Rassismus und Rechtsextremismus die Rote Karte zeigen. Hierzu müssen verlässliche Strukturen gegen Rassismus und Rechtsextremismus ausgebaut sowie neue geschaffen und dafür auch Geld zur Verfügung



gestellt werden – beispielsweise um der Organisation rassistischer und rechtsextremistischer Gruppierungen im Internet und Darknet entgegenzuwirken. Der Freistaat muss mehr in Prävention in Form von politischer Bildung investieren und auch die Zivilgesellschaft stärken. Sicherheitsbehörden wie der Bayerische Verfassungsschutz müssen zudem ihr Augenmerk deutlich mehr auf die Verbreitung von rechtsextremen Ideologien richten – auch in Unterfranken!

Neben der Prävention muss aber auch die Opferhilfe besser ausgestattet werden. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb in einem Dringlichkeitsantrag am 24.02. im Landtag die Gründung einer Bayerischen Landesstiftung zur Unterstützung für Betroffene rassistischer und rechtsextremer Gewalt vorgeschlagen.

Herzliche Grüße,

Ihr Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de